

Ressort: Technik

Bericht: Bundesregierung plant Gesetz für Smartphone-Überwachung

Berlin, 22.12.2016, 17:50 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will per Gesetz erlauben, dass Handys in Zukunft mit einer richterlichen Genehmigung komplett überwacht werden können, berichtet "Bild" (Freitag). Bislang konnten bei einer Überwachung zwar Handys und Telefone abgehört werden, der Zugriff auf verschlüsselte Messenger Apps wie WhatsApp, Telegram oder Signal war den Behörden nach Angaben von "Bild" nicht möglich.

Dafür soll nun eine Spähsoftware ("Trojaner") zum Einsatz kommen können. Das Vorhaben legten Justizminister Heiko Maas (SPD) und Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in einer "Bild" vorliegenden "Protokollerklärung" schon vor dem Berliner Terroranschlag in einer Kabinettsitzung am 14. Dezember fest. Das Gesetz soll bis Mitte September in Kraft treten. Zuvor hatten die Generalstaatsanwälte laut "Bild" einen dreiseitigen "Brandbrief" an den Justizminister verschickt. Die Chefankläger verlangen darin den verdeckten Zugriff auf laufende Telekommunikation, eine sogenannte "Installationsbefugnis". Die Ankläger hatten ausgewertet, dass in mehr als 85 Prozent der Fälle von Telefon-Überwachungen Beschuldigte Messenger-Apps nutzen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-82829/bericht-bundesregierung-plant-gesetz-fuer-smartphone-ueberwachung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619